

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

Hilfeersuchen bei Abschiebungen an die Bundespolizei

Die Bundespolizei wurde in der Vergangenheit mehrmals von den Bundesländern kritisiert, dass sie nicht genügend Personal für Abschiebungen vorhalten würde, obwohl die Bundesländer Abschiebungen auch selbst durchführen könnten. So setzt der Freistaat Bayern die „Polizeiinspektion Schubwesen“ eigens für Abschiebungen ein. Auch das Land Nordrhein-Westfalen verfügt über eigene Bedienstete für die Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Personen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer sind in Rheinland-Pfalz wohnhaft (bitte nach den einzelnen Ausländerbehörden aufgliedert)?
2. Wie viele Rückführungsersuchen hat die Zentralstelle für Rückführungsfragen Rheinland-Pfalz bzw. haben die rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden in den Jahren 2018 und 2019 an die Bundespolizei gerichtet?
3. Dürfen aus rechtlicher Sicht kommunale Vollzugsbedienstete Abschiebungen von ausreisepflichtigen Personen vollziehen?
4. Welche rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden vollziehen Abschiebungen mit eigenem Personal?
5. Mit welchen Fluggesellschaften hat die Landesregierung Verträge über Abschiebemaßnahmen abgeschlossen?
6. Wie viele Sammelabschiebungen hat die Landesregierung seit dem Jahr 2015 vollzogen (bitte nach den einzelnen Zielländern aufgliedert)?
7. Setzt die Landesregierung bei der Abschiebung auf private Sicherheitsbegleiter von Fluggesellschaften?

Matthias Lammert